

Sektion der  
Bundesrepublik Deutschland e.V.  
Pressestelle  
Postfach 58 01 61  
10411 Berlin  
Telefon: 030-42 02 48-306  
Fax: 030-42 02 48-330  
presse@amnesty.de  
www.amnesty.de

12.03.2007

## **KURZINFORMATIONEN ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IN ASEAN-STAATEN ANLÄSSLICH DES EU-ASEAN-AUSSENMINISTERTREFFEN (Nürnberg, 14.-15. März 2007)**

### **Politische Morde auf den Philippinen**

Die Zahl der Morde an linksorientierten Oppositionellen, Gewerkschaftern, Mitarbeitern von Kirchen, Journalisten, Anwälten und Menschenrechtsaktivisten auf den Philippinen ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Die juristische Aufarbeitung dieser Morde ist weiterhin unzureichend. amnesty international (ai) hat unlängst 51 politisch motivierte Morde im ersten Halbjahr 2006 dokumentiert (s. den Bericht „Philippines - Political Killings, Human Rights and the Peace Process“, <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGASA350102006?open&of=ENG-PHL>).

ai kommt darin zu dem Schluss, dass die Morde einem politisch motivierten Muster folgen. Mitglieder der Sicherheitskräfte sind direkt an den Morden beteiligt oder haben sie mitgetragen oder geduldet. Selbst die von der philippinischen Präsidentin Macapagal-Arroyo eingesetzte Melo-Kommission – deren Unabhängigkeit von vielen philippinischen und internationalen Organisationen in Frage gestellt wurde – hat Ende Januar 2007 festgestellt, dass Angehörige der Armee, darunter Kommandeure, in die politischen Morde verwickelt sind.

Philip Alston, UN-Sonderberichterstatter für außergerichtliche Hinrichtungen, verwies zum Abschluss seiner zehntägigen Untersuchungen der politischen Morde in den Philippinen am 21.2.2007 auf die totale Verweigerung der Armee, zur Aufklärung der signifikant vielen Morde beizutragen, an denen Armeeangehörige mutmaßlich beteiligt sind.

Als Reaktion auf den Bericht der Melo-Kommission hat die Regierung einen Sechs-Punkte-Plan angekündigt, der nach ai-Ansicht dazu beitragen könnte, die politischen Morde zu beenden. Weiterhin hat die Präsidentin mehrfach die EU um Unterstützung bei der Aufklärung der politischen Morde gebeten.

Allerdings ist Skepsis angebracht. Schon mehrfach hat die Regierung angekündigt, die politischen Morde zu beenden und aufzuklären und ihre Erklärung dann nicht in die Tat umgesetzt. Präsidentenberater Norberto Gonzales bezeichnete im Januar 2007 sogar die Mitglieder der legalen Parteien des linken Spektrums erneut als Unterstützer des gewaltsamen kommunistischen Aufstandes. Seine Äußerungen wurden von Repräsentanten der Armee wiederholt. Solche Brandmarkungen haben nach Ansicht von amnesty international in der Vergangenheit politische Morde befördert. Generell gilt, dass Menschenrechte auf den Philippinen nicht durch fehlende Gesetze und Verordnungen gefährdet sind, sondern dadurch, dass die bestehenden Gesetze nicht eingehalten werden. Unterdessen gehen die politischen Morde weiter. Berichten zufolge wurde am 10. März 2007 eine Frau erschossen, die von UN-Sonderberichterstatter Philip Alston als Zeugin für den politischen Mord an ihrem Schwiegervater gehört worden war.